

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

20.7.1928 (No. 168)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. M. v. d. B.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweise Verbreitung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Ausherrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je 6 bis 25 auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Der Kellogg-Pakt

Unterzeichnung im August?

W.D. Washington, 20. Juli. (Tel.) Nachdem nunmehr von 13 Nationen die Zustimmung zum Kellogg-Pakt eingetroffen ist und nur noch die Antwort Japans aussteht, die in den nächsten Tagen erwartet wird, hofft man, Kellogg werde bereits Mitte August in der Lage sein, nach Paris abzureisen, um dort mit den Vertretern der beteiligten Nationen den Kriegsausgangspakt zu unterzeichnen. Während das Staatsdepartement allgemeine Verneinungen über die eingelaufenen Antworten ausdrückte, hören politische Kreise, daß zwar keine Absicht bestehe, den gegenwärtigen Kreis der Unterzeichner zu erweitern, wohl aber soll anderen Ländern der Beitritt freigegeben werden. Daraus wird geschlossen, daß Kuzlan dem Vertrage beitreten könne, ohne daß hierdurch die Frage der Anerkennung Sowjetrußlands berührt werde. Man nimmt ferner hier an, daß sich der britische Vorbehalt über die Handelsfreiheit in einigen Gebieten vornehmlich auf den Sueskanal, Ägypten und Indien zu beziehen sei und daß dieser Vorbehalt eine Umschreibung der Selbstverteidigung darstelle, die dem Vertrage nicht zuwiderlaufe.

Die Antworten Englands und der Dominien

In der am Mittwoch dem amerikanischen Geschäftsträger in London überreichten Antwort auf die letzte amerikanische Note vom 23. Juni bezüglich des Kellogg-Vorschlages wird zum Ausdruck gebracht, daß die britische Regierung den vorgeschlagenen Vertrag in der übermittelten Form annimmt und bereit ist, ihn zu dem Zeitpunkt und an dem Ort zu unterzeichnen, den die amerikanische Regierung vorschlagen wird. Die Note stellt mit besonderer Befriedigung fest, daß alle Parteien des Locarno-Vertrages zur Unterzeichnung des Paktes eingeladen worden sind, und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß an alle anderen, dem Völkerbund angehörenden Staaten eine allgemeine Einladung zum Beitritt gerichtet wird. Die Note wiederholt dann schließlich die vom Staatssekretär Kellogg am 28. April ausgesprochene Ansicht, daß der beabsichtigte Vertrag in keiner Weise das Recht der Selbstverteidigung einengt oder beeinträchtigt.

Auch in den nun veröffentlichten und von Chamberlain unterzeichneten Antworten der Dominien erklären sich Australien, Südafrika, Neuseeland und Indien zur Unterzeichnung des Kriegsausgangspaktes bereit.

Ein Staatsstreich in Ägypten

In Kairo ist Donnerstag abend durch königlichen Erlass die Auflösung des Parlaments auf drei Jahre verfügt worden. Das Kabinett wird dann über die Neuwahlen Beschluß fassen. In der Zwischenzeit wird die Regierungsgewalt auf Grund von Artikel 88 der Verfassung durch den König und seine Minister ausgeübt werden. Der Verfassungsartikel über die Pressefreiheit ist aufgehoben worden, ebenfalls der Artikel, der nach der Auflösung des Parlaments Neuwahlen innerhalb von 2 Monaten vorschreibt. Das Wahlgesetz sowie der darauf bezügliche Artikel in der Verfassung wird einer Revision unterzogen werden. Die Maßnahmen sind auf Grund eines Briefes getroffen worden, den Mohammed Mahmud Pascha an den König gerichtet hat und in dem er den König um die Aufhebung der parlamentarischen Regierungsform ansieht. Als Grund für sein Gesuch wird die allgemeine Verwirrung angegeben, die durch die Wafwaf-Partei erzeugt sei. Ausgedehnte Polizeimaßnahmen sind getroffen worden, an denen sich auch das Militär beteiligt.

W.D. Kairo, 20. Juli. (Tel.) In dem Schreiben des Ministeriums an den König heißt es: Das parlamentarische Regime ist unfähig geworden, Reformen durchzuführen. Das Kabinett kennt keine Alternative, als sich darauf zu konzentrieren, das Land von diesen Parteien einflüssen zu befreien. Das Ministerium hielt es daher für unumgänglich, daß beide Kammern aufgelöst und die Wahlen bis zu dem Zeitpunkt vertagt werden, wo man hoffen darf, daß sich die Nation in ihrer wahren Ansicht ausspricht. Das Ministerium hielt es außerdem für notwendig, das Wahlgesetz zu revidieren. Das Schreiben erwähnt die Notwendigkeit der Errichtung eines stabilen Regimes, um die Einigkeit im Lande wiederherzustellen und um das Land zu befähigen, für die Sache seiner Unabhängigkeit einzutreten.

Max Högl in Berlin. Anlässlich der Freilassung von Max Högl beantragten die Kommunisten in Berlin eine Massen demonstration. Max Högl und Delegierte verschiedener kommunistischer Organisationen hielten Ansprachen, die mit einem Hoch auf die Weltrevolution endeten. Unter den Klängen der Internationale bewegte sich dann der Zug durch mehrere Hauptverkehrsstraßen des Nordens nach dem Lustgarten. Högl hatte mit seinen engeren Bekannten auf einem großen Flaggenwagen Platz genommen und antwortete auf die Hochrufe seiner Anhänger durch Schwenken einer roten Fahne. Im Zug wurde ein riesiges Transparent mit der Aufschrift: Die Webbing-Fingproletarier grüßen Max Högl, den Schrecken der Bourgeoisie, mitgeführt. Auch im Lustgarten hielten Högl und Vertreter der kommunistischen Verbände verschiedene Ansprachen.

Letzte Nachrichten

Französische Stimmen zu den Erklärungen Chamberlains

W.D. Paris, 20. Juli. (Tel.) Zu den Erklärungen Chamberlains im Unterhaus über die Räumung des Rheinlandes schreibt „Deuxième“: Es ist etwas Verwirrung in den Ländern der früheren Alliierten entstanden. Vielleicht werden diese Länder also gut daran tun, miteinander zu verhandeln. Die zweite Zone muß im Januar 1930 und die letzte Zone ohne Gegenleistung im Jahre 1935 geräumt werden. Wenn man aus unserem Pfand noch materielle oder moralische Vorteile ziehen will, dann wird es höchste Zeit, sich zu verständigen. „Gaulois“ schreibt: Die aufmerksame Prüfung der Ausführungen Chamberlains bestätigt den festen Willen der englischen Regierung, ihre Truppen am Rhein nicht zurückzuziehen, bevor konkrete Vorschläge von den interessierten Parteien gemacht worden sind. Offenbar ist es Sache Deutschlands, als hauptsächlich interessierte Macht, die Initiative zu ergreifen. Es genügt nicht, die Räumung durch eine Rede zu fordern. Man müßte vielmehr auf diplomatischem Wege etwas zum Ausgleich anbieten, das es sich um ein Unterpfand handelt, dessen vorzeitige Preisgabe Frankreich, das auf Reparationen Anspruch hat, der Gefahr aussetzt, die Kosten des Krieges ohne die geringste Garantie gegen einen neuen Angriff zu tragen.

Die Anwerbungen für die französische Armee

W.D. Paris, 20. Juli. (Tel.) Kriegsminister Painlevé hat dem Präsidenten der Republik einen Bericht über den Stand der Anwerbung der zur Einführung der einjährigen Dienstzeit einzustellenden Berufssoldaten und Beamten für das Heer vorgelegt. Die Zahl der anzuwerbenden Berufssoldaten betrug, wenn man die Offiziere und die Gendarmen nicht einrechnet, die sich früher auf 72.000 belief und die auf 106.000 erhöht werden soll, am 1. April 1928 78.000. Wenn man die früher bereits übernommenen Verpflichtungen zum Verbleiben beim Heer nach Abschluß der 18monatigen Dienstzeit berücksichtigt, stellt sich die Zahl sogar auf 82.500. Was die Anwerbung der gesetzlich vorgeschriebenen 50.000 Militärbeamten anbelangt, so ist die Zahl von 2541 am 1. Oktober 1927 auf 4308 am 1. April 1928 gestiegen. Die Zahl der mobilisierten republikanischen Garde soll auf 15.000 Mann erhöht werden. Am 1. Oktober 1927 bestand die republikanische Garde aus 45 Bataillonen und 1808 Garabisten, am 1. April 1928 aus 68 Bataillonen und 2800 Garabisten.

Staatliche Unterstützung für die englische Kohlenindustrie

W.D. London, 20. Juli. (Tel.) Wie „Reuter“ erfährt, hat die englische Regierung beschlossen, der Kohlenindustrie sofortige Hilfe zu gewähren. Er hat wegen der Zunahme der Arbeitslosen und der Schließung weiterer Bergwerke finanzielle Unterstützungen besonders für die Kohlenausfuhr bewilligt.

Gesetz zwischen Franzosen und Eingeborenen in Marokko

W.D. Paris, 20. Juli. (Tel.) Nach einer Meldung des „Petit Parisien“ aus Rabat ist eine französische Abteilung bei einem Erkundungsvorstoß im äußersten Süden bei Auden im marokkanischen Grenzgebiet auf eine Eingeborenen-Abteilung gestoßen, die über 150 Gemeine verfügte. Es kam zu einem heftigen Kampf, in dessen Verlauf der die französische Abteilung führende Leutnant und ein Unteroffizier verwundet und mehrere eingeborene Soldaten getötet wurden. Die französische Abteilung drängte die Eingeborenen nach Süden ab. Flugzeuge nahmen die Verfolgung auf und beschossen die Flüchtenden mit Maschinengewehren.

Unruhen in Mexiko?

W.D. London, 20. Juli. (Tel.) „Daily Mail“ berichtet aus New York: In der mexikanischen Grenzstadt Laredo gehen Gerüchte, daß nach der Ermordung Obregons in gewissen mexikanischen Staaten offene Kuffen ausgedehnt seien. Es verlautet, daß drei Regimenter „Nieder mit Calles“ gerufen haben.

W.D. Mexiko-Stadt, 20. Juli. (Tel.) 20 Nonnen von Guadalupe, wo der „wunderbärtige Schrein“ unserer lieben Frau von Guadalupe steht, wurden heute Abend verhaftet. Ihr Kloster wurde geschlossen. Sie wurden beschuldigt, im geheimen die Religionsgesetze verletzt zu haben.

Rügen wird mit dem Festlande verbunden

pr. Berlin, 20. Juli. (Priv. Tel.) Über die geplante Verbindung der Insel Rügen mit dem Festlande ist nach einer Stettiner Meldung der „B. Z.“ jetzt die Entscheidung zugunsten eines Damms gefallen, der zwischen Alte Fähr und Stralsund verläuft. Der Rügendam wird eine Breite von 20 Metern haben und neben einer zweigleisigen Bahnanlage auch Raum für Autos, Wagen- und Fußgängerverkehr bieten. Zwei Klappbrücken werden ihn in Abständen von je 30 Metern unterbrechen, um den Schiffsverkehr nach Stralsund zu sichern. Die Kosten sind auf 18 Millionen Reichsmark veranschlagt, von denen die Reichsbahn 12 Millionen und der preussische Staat, die Provinz Pommern, Gemeinden und Kreise 6 Millionen Reichsmark beden sollen. Die endgültige Bewilligung dieser Summe steht noch aus.

Wirtschaftliche Umschau

Geplantes Getreidemonopol? — Protest der Mannheimer Produktenbörse — Für die Freiheit des internationalen Handels

Eine größere Finanzaktion, welche die Rentenbankkreditanstalt, deren Kapital bekanntlich durch die Zwangsbeiträge der deutschen Landwirtschaft dauernd anwächst, und die Preußentasse, das im Besitz des preussischen Staates befindliche finanzielle Spitzeninstitut der deutschen Landw. Genossenschaften, zu gleichen Anteilen unternehmen, hat offensichtlich das Ziel, eine größere Stabilisierung der deutschen Getreidepreise zu ermöglichen. Die beiden Institute erwarben zusammen die Mehrheit der Aktien der Getreideindustrie und Kommissions-A.-G. und der ihr angegliederten Deutschen Mühlenvereinigung A.-G. Die erste Gesellschaft vermittelte bisher einen erheblichen Teil, man spricht von 60 Proz. des deutschen Weizenimports, an die Käufer, „kontrollierte“ freilich als Selbstverwalter nur einen Bruchteil davon, etwa 10 Proz., während der andern acht große westdeutsche Mühlen angehören.

Die öffentlichen, halbstaatlichen, die deutsche Landwirtschaft vertretenden Institute, kommen dadurch — so wurde verschiedentlich betont — in die Lage, einen wesentlichen Teil des Getreideimports wie der Verarbeitung inländischer und ausländischer Getreides in Deutschland zu kontrollieren, und wie beim Import, so auch beim Absatz der Genossenschaften zusammenzuarbeiten, womit Möglichkeiten für eine rationellere Gestaltung des Getreidemarktes geschaffen seien. Man spricht davon, daß nach Hinzunahme der aus der Zwangswirtschaft noch bestehenden Getreidehandelsgesellschaft, die ja bereits jetzt die Aufgabe hat, regulierend auf dem Getreidemarkt einzugreifen, ferner unter Beteiligung der landw. Genossenschaften und der Großeinkaufsgesellschaft der Konsumvereine, so ein Institut geschaffen werden könnte, mit dessen Hilfe es möglich wäre, später den Gedanken eines deutschen Getreidehandelsmonopols zu verwirklichen. Vorerst freilich sucht man offenbar lediglich eine zentrale Verkaufsorganisation für die landwirtschaftlichen Genossenschaften zu schaffen, deren Absatzpolitik bisher ganz uneinheitlich war, und die gegeneinander konkurrierten. Der starke Einfluß der landwirtschaftlichen Produzenten auf die beiden öffentlichen Institute wird freilich vielfach für bedenklich gehalten, wenn auch die Preußentasse in Händen des preussischen Staates sei.

Die Bedenken gegen die Transaktion kommen nicht nur von den Interessenten, aus dem Getreidehandel u. von den Mühlen, sondern auch von anderer Seite. Der Verband süddeutscher Getreidebörsen hat sich in einer an der Mannheimer Produktenbörse abgehaltenen Sitzung in einer Entschlieung gegen die beabsichtigte Beschränkung des freien Handels gewandt. Durch alle künstlichen Mittel werde man das Gesetz von Angebot und Nachfrage nicht ausschalten können. In der Entschlieung wird auch gesagt, daß die neue Reichsregierung hier den Weg zum Monopol und zur Ausschaltung des Privathandels betreten habe. Der Auffassung gegenüber, als ob es sich um die erste Frucht des Linkssturzes im Reich und eine Sozialisierungsmaßnahme handle, weisen andere kritische Stimmen jedoch darauf hin, daß die Vorarbeiten zu dieser Transaktion in die Regierungszeit des deutschnationalen Ernährungsministers Schiele fallen und daß die stark unter großagrarischem Einfluß stehende Rentenbankkreditanstalt den Kauf zuerst allein tätigen wollte, bis die Preußentasse eintrat und die beiden Institute sich schließlich auf gemeinsames Vorgehen einigten. Auch hätte kaum das Bankensortium, das bisher die Majorität des Mühlenkonzerns besaß, die Hand zu einer Sozialisierungsmaßnahme und zur Ausschaltung der Getreidebörsen geboten. Offenbar — so betonen diese kritischen Stimmen — sei es noch ein sehr weiter Weg zu einem Getreidehandelsmonopol, sei es, daß man auf ähnliche Weise weitere privatwirtschaftliche Unternehmungen unter die öffentliche Hand bringe, sei es, daß man die Gesetzgebung in Anspruch nehmen wolle. Der Getreidehandel — so wird in den Protesten der Produktenbörsen erklärt — sei ein sehr riskantes Gebiet und für öffentliche Unternehmungen wenig geeignet. Bis jetzt gingen Getreideimporte und Mehlerkauf Zug um Zug vor sich. Getreideimporte auf längere Sicht müßten den Charakter einer ausgesprochenen Spekulation erhalten.

Mit der Beilage: 38. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Auch ein Blatt wie die „Voss. Ztg.“ erklärt, nicht annehmen zu können, daß der Stat ein solches Risiko eingehen werde.

Die Mannheimer Produktionsbörse ist übrigens bei ihrer Entschliebung nicht stehen geblieben, sondern hat sich nun auch mit einer Eingabe an das Reichsministerium für Ernährung gewendet, in der um Aufklärung über die in Aussicht genommenen Maßnahmen ersucht wird. Ferner wird auf den Widerspruch hingewiesen, der zwischen der Programmklärung der Reichsregierung über die Betätigung der öffentlichen Hand und dieser Transaktion besteht. Es wird gewarnt vor jedem zwingenden Eingriff in die freie Getreidewirtschaft, und an die Mißerfolge der Getreidemonopole in der Schweiz und Norwegen erinnert. Monopolmaßnahmen würden gerade für unsere süddeutschen Wirtschaftsbezirke eine große Schädigung bedeuten. Mit der Taktik der freien Getreidehandels — der seit der Stabilisierung die Brotversorgung reibungslos bestritten habe — und der unabhängigen süddeutschen Großmühlenindustrie sei das Ausblühen und die wirtschaftliche Bedeutung des Oberrheins aufs engste verbunden.

Die zweite internationale Konferenz zur Abschaffung der Ein- und Ausfuhrverbote und -beschränkungen ist auf dem Weg, die Weltwirtschaft zu rationalisieren, doch einen wesentlichen Schritt vorwärts gekommen. 35 Regierungen, darunter Amerika, die Türkei und Ägypten, Japan haben eine Konvention unterzeichnet, in deren Vorwort es heißt, daß die Rückkehr zur wirklichen Freiheit des internationalen Handels eine der wichtigsten Vorbedingungen für das Gedeihen der Welt sei. Es ist dies der auch von der Weltwirtschaftskonferenz des Völkerbunds im Mai ausgesprochene Grundsatz, der nun zum erstenmal von einer großen Anzahl von Staaten diplomatisch in einer internationalen Konvention festgelegt worden ist. Auf der Weltwirtschaftskonferenz war die Abschaffung der Ein- und Ausfuhrverbote als das erste Programmziel aufgestellt worden, da hier die Möglichkeit der praktischen Weiterarbeit zunächst gegeben schien. Freilich soll die neue Konvention erst am 1. Januar 1930 in Kraft treten, soweit sie von den Regierungen ratifiziert wird, und spätestens bis 1. Juli 1930 müssen dann die noch bestehenden Verbote aufgehoben werden. Von den mehreren Hundert heute noch bestehenden Ein- und Ausfuhrverboten werden dann nur mehr 18 als Ausnahmen übrig bleiben, und von diesen sind 10 für den Welthandel bedeutungslos. U. a. wird festgehalten an den Ausfuhrverboten für Schrott seitens verschiedener Staaten. England will seine während des Krieges geschaffene Farbenindustrie halten und demgemäß keine verschiedenen Einfuhrverbote nicht aufgeben. Vielfach sind die Ein- und Ausfuhrverbote auch Druckmittel, die deshalb nicht preisgegeben werden, um sie für Handelsvertragsverhandlungen bereitzubehalten.

Beim Abschluß der Genfer Konferenz feierte der Präsident, der frühere holländische Ministerpräsident Colijn, diesen ersten wichtigen internationalen Kollektivhandelsvertrag, der dem System der Handelsverbote ein Ende bereite. In der Tat hat sich nach übereinstimmenden Meldungen gezeigt, daß die Vereinigung mancher Staaten in ein System freierer internationaler Wirtschaft weniger Schwierigkeiten zu machen scheint, als anfangs angenommen wurde. Zahlreiche am Anfang gemachte Vorbehalte wurden im Verlauf der Verhandlungen zurückgenommen, so daß man die Zahl der zugestandenen Ausnahmen von Ein- und Ausfuhrverboten immer mehr verringern konnte. Manche Staaten verlangten eben anfangs mehr, um sich dann abhandeln zu lassen. Die Furcht, isoliert zu bleiben, trug schließlich zu dem erfreulichen Endergebnis bei. Wann und ob man zu noch weitergehenden allgemeinen internationalen Ab-

machungen internationaler Art kommt, steht freilich dahin. Etwa zu einer internationalen europäischen Zollunion oder zu tatsächlich überstaatlichen Befugnissen des Völkerbunds in Wirtschaftsangelegenheiten ist noch ein weiter Weg. Vorerst werden auch nach deutscher Auffassung immer noch die zweiseitigen Handelsverträge das Maßgebende und ein Hindernis für internationale Wirtschaftskonventionen bleiben. Viel wird es auch auf den Geist ankommen, in dem diese Genfer Konvention ausgeführt wird, denn es hat sich — zumal wir haben unsere Erfahrungen, z. B. mit Italien — gezeigt, wie Handelsverträge durch protektionistische Maßnahmen der inneren Staatsverwaltung und Abmachungen mit nationalen Produktionszweigen und dem Handel umgangen werden können.

Die deutschen Sängere in Wien

Bei einem Begrüßungsabend in der riesigen, 80 000 Sängere fassenden Sängerehalle in Wien kam es zu großen Kundgebungen für den Anschluß.

Die offizielle Begrüßungsrede hielt der Vorsitzende des Festauschusses, Schulrat Jaksch, der unter begeisterten Beifall ausführte, daß alle Versammelten von einem Gedanken und einem Willen beseelt seien, daß nämlich die Stunde kommen müßte, in der alle politischen Grenzen zwischen den deutschen Stämmen fallen und Altmutters Germania nur eine Grenze, ein Volk und eine Sprache kennt. Hierauf hielt Bundeskanzler Dr. Seipel eine Ansprache, in der er die deutschen Sängere im Namen der Regierung willkommen hieß. Nachdem Bundesminister für Unterricht, Schmis, vor allem die allen Deutschen gemeinsame Kultur gepriesen hatte, hieß namens der Stadt Wien Bürgermeister Seis die Festgäste willkommen. Seine Rede gipfelte in der Aufforderung: „Deutsche, seid stark im Willen zur Einheit! Denn die Einheit wird eure Tat sein!“ Der deutsche Gesandte Graf Verdenfeld wies sodann auf die tiefe Bedeutung des Sängerebundesfestes für die Bewertung des deutschen Kulturlebens als Einheit und für die Einordnung der besonderen österreichischen Kultur in seine Einheit hin. Wir alle, so sagte Graf Verdenfeld, erblicken in der österreichischen Eigenart ein Kulturgut von unschätzbarem Werte. Der Österreich und Wien als aufmerksamer Beobachter durchwandelt, der muß erkennen, daß hier außerordentliche Kulturwerte wohnen. Für den empfindsamen Deutschen aus Nord, Süd und West ist dieses Österreich von jeher von außerordentlicher Anziehung gewesen. So ist auch das 10. Deutsche Sängerebundesfest ein Mittel, das österreichische Innenleben für das große deutsche Gesamtleben neu in Erscheinung treten zu lassen. Der Vorsitzende des Österreichisch-deutschen Volksbundes, Direktor Neubacher, betonte in seiner Rede die Notwendigkeit des Anschlusses.

Bei der feierlichen Übergabe des Bundesbanners am Donnerstag nachmittag schilderte der Bürgermeister von Hannover, Fink, den Zug des Banners von Stadt zu Stadt, und teilte mit, daß das Banner nunmehr als immerwährender Symbol des deutschen Männergesanges auch eine heimliche Stätte finden soll: „Das Sängerebundesfest in Nürnberg“. Der Vorsitzende des Festauschusses, Schulrat Jaksch, übernahm sodann das Banner für die Zeit der Wiener Festtage in seine Obhut.

Reichsinnenminister Severing ist Donnerstag abend zur Teilnahme an dem Sängerebundesfest in Wien eingetroffen. Er wurde von dem deutschen Gesandten am Bahnhof empfangen.

Gegen das sächsische Wahlgesetz

Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich hatte kürzlich gewisse Bestimmungen der Landeswahlgesetze in Hessen, Westfalen, Preußen und Hamburg für verfassungswidrig erklärt. Auch in dem sächsischen Landeswahlgesetz befinden sich Bestimmungen, die den für verfassungswidrig erklärten Paragraphen in den anderen Ländern entsprechen. Wegen dieser Bestimmungen hatte die U.S.G. bei dem Staatsgerichtshof Klage erhoben. Die Klage war jedoch abgewiesen worden, weil der Staatsgerichtshof erklärte, daß die U.S.G. wegen ihrer geringen Anhängerzahl nicht als Partei angesehen sei und nicht die Berechtigung hatte, bei dem Staatsgerichtshof Klage zu führen. Jetzt haben, nach einer Meldung des „Vorwärts“, die Landesinstanzen der Sozialdemokratischen Partei und die sozialdemokratische Fraktion des sächsischen Landtages beschlossen, beim Staatsgerichtshof Klage auf Ungültigkeitserklärung der verfassungswidrigen Bestimmungen des Landeswahlgesetzes zu erheben.

Deutsche Kammermusik B.-Baden 1928

Bei einer Experimentalarbeitung „Film und Musik“, an der nach einem sechsen perfekt gewordenen Abkommen erstmals auch die Gesellschaft der Filmkomponisten Deutschlands aktiv beteiligt war, wurde die Frage „Wie kann (und soll) eine gute Originalmusik zum Film beschaffen sein?“ auf sehr verschiedenartige, insgesamt in ihrer praktischen Auswirkung aber auf eine nicht zu unterschätzende Weise beantwortet. Über die Aktualität des Problems läßt sich heute gewiß nicht mehr streiten, der Musikkomponist in den Kinotheatern ist ins Unermeßliche gewachsen, und da es sich dabei doch auch um Darbietungen öffentlichen Charakters handelt, haben die Musiker begründeten Anlaß dafür zu sorgen, daß bei der Zweideutigkeit des optischen und akustischen Prozesses nicht immerfort die Musik zu kurz kommt. Auch die reale ökonomische Situation zwingt sie gegenwärtig mehr denn je, in diesen vom Großkapital und von industriellen Konzernen geleiteten Unternehmen ihre Rechte geltend zu machen, für ihre Mitarbeit einen legitimen Geltungsbereich nachdrücklich zu fordern.

Natürlich spricht bei dieser Bestrebungen auch eine „mechanische“ Tendenz mit, ist doch eine zu einem Filmband zu produzierende Musik nur dann denkbar, wenn ein absolut synchroner Bild- und Musikablauf und d. h. doch wohl eine irgendwie mechanische Zusammenkopplung erreicht wird. Man ist in dieser Beziehung nunmehr soweit, daß z. B. Darius Milhaud sogar zu einer Ufa-Wochenschau eine mit den banalsten Bildteilen völlig übereinstimmende Kammermusik liefern konnte. Ein sehr genaues Zusammenlaufen machte sodann die Vorführung der amerikanischen Filmgroßstücke „Die Kinderfabrik“, zu der Ernst Koch ein Holzbläser-Ensemble die Begleitung spielen ließ, gleichfalls zu einem künstlerischen Genuß. Nicht minder befriedigte Wolfgang Zeller mit seiner zu drei Zaubergehen des Silhouettenfilms „Bring Achmed“ geschriebenen Musik. Problematisch blieb vorläufig die Lösung, die Hugo Herrmann einer Photostudie Safoe Stones gegenüber versucht hat. Diese Variationen über einen achttägigen

Das hatten zubielt eigenes Gepräge, um überhaupt eine intimere Verbindung mit den rein photographischen Licht- und Bewegungsbildern einzugehen. Auf eine höhere Entwicklungsstufe führten endlich Paul Hindemiths „Bewegte Gegenstände“. In konsequenter Überlegung hatte er sich von Hans Richter eigens den Film „Vormittagsputz“ entwerfen lassen und somit von vornherein vermieden, daß seine Musik etwa nur zur Ergänzung diene und trostlos verirrte. Das störende Bild ward offenkundig Teilfunktion des Ganzen, nahm aber auch gleichen Schaden wie der Filmitreffer, dessen wirres Sujet sich zu keiner konkreten Anschaulichkeit verdichtete. Es war übrigens das einzige für mechanische Klavier (Steinway-Welte) geschriebene Werk, die anderen Autoren hatten den Vorzug einem richtigen Kammerorchester gegeben, das unter der Direktion von Alfons Dressel, Ernst Weidlich und Ernst Wolff höchst anständig sich mit seiner ungewohnten Aufgabe abwand.

Den star auf „Sachliche“ gerichteten Zustand unserer Zeit beleuchteten nochmals deutlich die drei Kammeroperen, mit denen das Fest ausklang. Zwar waren zwei davon bestenfalls Kuriositäten oder gar nur Opernperipetamie, die in einer auf wenige Minuten begrenzten Spieldauer überrollten. Man kennt diesen neuen Typ vom letzten Jahr, muß aber nach den Erfahrungen einer Spielfaison doch ein bißchen zweifeln, ob dadurch das Repertoire der meisten Bühnen einen wichtigen Zuwachs erhält. Ein halbes Duzend solcher Short operas wäre zudem noch nicht genug, um einen Operabend einigermaßen zu füllen. Für Baden-Baden war indessen eine auf kleinsten Raum zusammengedrückte Handlung so sehr Bedingung, daß Gustav Kneip z. B. in seiner heiteren Angelegenheit „Tuba mirum“ .., womit der Abend begann, gar nicht die Fälle der Ereignisse genötigt auszuwerten durfte. Stofflich ist zwar der hübsche Einfall, eine Festvorstellung des Barbiers von Sevilla durch einen Theaterdiener, der Tuba bläst, führen zu lassen, durchaus klar, aber musikalisch hätte er wahrscheinlich besser richtigen Einzelspielercharakter als Inappetent Kammerformat vertragen. Andererseits zeigte des Schönberg-Schülers Walter Gronoslaw gleich „In zehn Minuten“, wie gefährlich schon eine geringe Verbreiterung der einfach-

Zustimmung des Reichsrats zur Lohnsteuerentlastung

Der Reichsrat hat am Donnerstag mit 38 gegen 30 Stimmen beschlossen, gegen das vom Reichstag beschlossene Gesetz zur Entlastung der Lohnsteuer keinen Einspruch zu erheben. Die nun endgültig zustande gekommene Ermäßigung der Lohnsteuer ist bekanntlich gering. Durch ein im Dezember des Vorjahres angenommenes Gesetz wurde die Lohnsteuer um 15 Prozent gekürzt, doch dürfte die Herabsetzung höchstens 2 M beim einzelnen Steuerzahler betragen. Durch das neue Gesetz wird die Kürzung auf 25 Prozent erhöht. Sie darf aber höchstens 3 M monatlich ausmachen, und wird den Einkommen bis zu 15 000 M zugute kommen, während die bisherige Kürzung nur für Einkommen bis zum 8000 M galt. Die Steuererlässe für die veranlagten Einkommensteuerpflichtigen werden entsprechend gesenkt.

Der Reichsminister für Reichsratsangelegenheiten, Dr. Bracht, verwies darauf, daß die Steuerentlastung mit dem abzuändernden Gesetz Brünning in Zusammenhang stehe, wonach die Lohnsteuer gesenkt werden solle, wenn sie im Kalenderjahr 1928 mehr als 1800 Millionen Reichsmark betrage. Dieser Mehrertrag ist tatsächlich zu erwarten, und so weicht das neue Gesetz nur insofern von dem bisherigen Grundgedanken ab, als die Entlastung bereits vor Ablauf des Kalenderjahres 1928 vorgenommen wird.

In den Reichsratsausschüssen hat man grundsätzliche Bedenken gegen das Gesetz gehabt, weil der Reichsrat damit die Herabsetzung einer Steuer beschloß, deren Erträgnis zu drei Vierteln den Ländern und Gemeinden zusteht, ohne vorherige Zustimmung der Länder. Der Reichsrat erwartet aber, daß die Reichsregierung die vom Reichstag verlangten weiteren Steuerentlastungen nicht ohne Beteiligung der Länder durchführt. Die Vertreter von Bayern, Sachsen, Württemberg erklärten sich gegen das Gesetz, und auch die Vertreter der preussischen Provinzen Ostpreußen und Westfalen gaben durch Freiherrn von Gahl eine Begründung, warum sie im vorliegenden Falle gegen das preussische Staatsministerium für den von Bayern beantragten Einspruch stimmten.

Nachdem dann der Einspruch mit 38 gegen 30 Stimmen abgelehnt worden war, erledigte der Reichsrat noch eine längere Tagesordnung und vertagte sich dann bis Ende September.

Über den Beruf der Reichstagsabgeordneten

findet sich eine interessante Zusammenstellung in dem vorerwähnten Buchlein „Kritischer Rückblick auf den Reichstag 1928“ (Herausgeber Hermann Dillger, Berlin W 9), das mit den Bildern und Lebensbeschreibungen aller 490 Abgeordneten auf 544 Seiten und einer Fülle von wichtigen Zusammenstellungen zu dem außerordentlich billigen Preise von 1 M (soeben zur Ausgabe gelangt).

Immer mehr wird die Rettung der Wähler im Reichstag zu einem Beruf. Der Verursacher spielt in allen Parteien, auch in den Mittel- und Rechtsparteien, eine große Rolle. Die größte Freiheit in den Linksparteien. Zu den Berufspolitikern sind vor allem die Geschäftsführer der Parteien mit der Menge der Geschäftsführer von politisch eingestellten Verbänden, sind die Gauleiter und Sekretäre der Verbände und Gewerkschaften anzusehen. Aber auch sehr viele Abgeordnete, die sich als Schriftsteller bezeichnen, sind als Berufspolitiker zu bewerten, denn sie agieren berufsmäßig für ihre Partei und beliedigen zeitweise Parteistellungen. Sie sind als „Funktionäre“, wie der Ausdruck lautet, zu betrachten.

In der nachfolgenden Tabelle sind die Zahlen ersichtlich, aus denen hervorgeht, wie sich die M. d. R. nach ihren Berufen gliedern und aus welchen Kreisen sich die einzelnen Fraktionen rekrutieren. Bei der Durchsicht muß man berücksichtigen, daß die Grenzen fließend sind. Ebenso, wie die katholischen Universitätsprofessoren vielfach Geistliche sind, so sind ehemalige Offiziere zu richtigen Industriellen oder Landwirten geworden. Viele ehemalige Handwerker oder Arbeiter sind jetzt Parteiangestellte oder Schriftsteller und Schriftleiter, unter denen, die sich als Arbeiter bezeichnen, sind die meisten Kommunisten. Landwirtschaft 1928: 63, 1924: 54, Industrie 18 (19), Gewerbe 20 (22), Gastwirte 2 (1), Handel 18 (4), Arbeiter 27 (13), Angestellte im Privatbetriebe 3 (3), Angestellte bei Korporationen usw. 23 (7), Hausfrauen 7 (4), Schriftsteller und Schriftleiter 76 (75), Geistliche 7 (11), Lehrling: Universitätsprofessoren 13 (14), akad. geb. Lehrer 9 (11), nichtakad. geb. Lehrer 10 (14), Ärzte und Apotheker 5 (3), Anwälte 18 (20), Berufsbeamte: akad. vorgeb. 45 (53), nichtakad. vorgeb. 7 (10), nicht berufsm. vorgeb. Beamte 29 (13), Angest. pol. Parteien (ParteiSekretäre usw.) 79 (85), Offiziere 6 (16), höhere techn. Berufe 5 (4).

Die Aufstandsbewegung in Nicaragua flaut ab. Im Monat Juli haben sich bereits 548 Aufständische den Marinetruppen der Vereinigten Staaten ergeben.

sten Konturen diesem auf schlagkräftigste Kürze zugeschnittenen Kunstgenre werden kann. Es ist eine mit ebenfoliel Theaterförmigkeit wie Musikisch ausgestattete Parodie, nur schade, daß das Prestissimo-Tempo des Anfangs später unnötige Verzögerungen erleidet und daß der Spatz nicht in wirklichen zehn Minuten vorüber ist. Weder der Inhalt noch die Partitur vertragen diese Länge, so sehr beide — Viretto und Musik stammen von Gronoslaw — für ein Talent zeigen, das unter so manchen, die heute für die Opernbühne schreiben, auffallen muß. Nicht die Spannung eines schattenhaft, filmschnell vorbeiführenden Spiels, sondern die dichterischen Kräfte der Sprechbühne verbürgten schließlich den Erfolg von Hermann Reutters „Saul“. Aus der Erkenntnis, daß der überwirkliche Vorwurf A. Vermet-Golenias die Aufmerksamkeit auf jeden Fall von der Musik ablenken würde, hat er eigentlich nur eine Schauspielmusik zu dem belannten Dichtwerk geschrieben und nur an dem dramatischen Höhepunkt auch Singstimmen eingefügt. In dem von Wandlung zu Wandlung gleitenden Opernschaffen unserer Tage ist das jedenfalls ein interessanter Versuch, birgt jedoch in seiner Einmaligkeit kaum Zukunftsträchtiges. Wo sind außerdem Künstler zu treffen, die als Sprecher und als Sänger so passende Agenten vermitteln, wie es in Baden-Baden bei den beiden Hauptdarstellern Erich Wildbagen (Saul) und Olga Tschörner-Schramm (Dzve von Endor) tatsächlich der Fall war? Ein Großteil der Begeisterung war überhaupt der ganz ausgezeichneten Aufführung unter Ernst Weidlich (Dirigent) und Friedrich Schramm (Regie) zu danken, Reutters gefühlsgestaltete Musik konnte allenfalls deren Ausdrucksintensität steigern. Der aufgebote kunstlerische Apparat verhalf überdies nicht zuletzt auch den zwei andern Berken zu ihrem großen und herzlichen Publikumsverfolg; es seien jedoch von den vielen Solisten u. a. nur Josef Witt, Albert Peters, Gerhard Wehner und Willi Herrmann noch genannt neben Heinz Korp (Bühnenbild) und Alfons Dressel (Dirigent). Erwähnt sei auch, daß an Stelle der vorgeesehenen Oper „Der Held“, die aus technischen Gründen wieder abgesetzt werden mußte, zwei lustige Orchesterstücke Boleslaw Martinus die Pausen füllten.

Grundrissliche Einigung in der Koalitionsfrage in Bayern

In den am Donnerstag in München fortgesetzten interfraktionellen Besprechungen, an denen auch Landwirtschaftsminister Fehr für den Bayerischen Bauernbund teilgenommen hat, ist man, vorbehaltlich der Zustimmung der beteiligten Fraktionen, zu einer grundsätzlichen Einigung darüber gekommen, daß die drei sogenannten Revolutionsministerien (für Handel, Soziales und Landwirtschaft) aufgehoben und in ein Wirtschaftsministerium zusammengefaßt werden sollen. Die Zahl der Ministerien würde damit von 8 auf 6 vermindert. Das neue Wirtschaftsministerium würde voraussichtlich dem Bauernbund überlassen werden, möglicherweise auch das in diesem Ministerium zu schaffende Sekretariat für Landwirtschaft.

Einheitliche Ausbildung der Anwälte und Richter.

Rechtsjustizminister Koch-Besler beabsichtigt, der „Post. Ntz.“ zufolge, eine Einheitlichkeit der Ausbildung zum Richteramt und zur Rechtsanwaltschaft vorzubereiten und durchzuführen. Eine solche Einheitlichkeit kann herbeigeführt werden durch ein einfaches Reichsgesetz, in dem das jetzt bestehende Gerichtsverfassungsgesetz ausgestaltet wird. Die volle Freizügigkeit der Rechtsanwälte kann erreicht werden durch eine Änderung der Rechtsanwaltsordnung. Im Anschluß daran werden dann wohl Verhandlungen mit den Räumern stattfinden müssen, um zu einer Vereinbarung zu kommen.

Zusammenfluß der evangelischen Kreise in Elsaß-Lothringen.

Gerade in dem Augenblick, wo Poincaré Schluß machen möchte mit dem Begriff Elsaß-Lothringen, haben sich die evangelischen Kreise trotz der getrennten Organisation der lutherischen und reformierten Gemeinden im Evangelischen Volksbund zusammengeschlossen. „Die Tatfächer“, sagt dazu die „Lothringische Volkszeitung“, sind immer härter als Fiktionen. Die inneren Zusammenhänge eines Volkes in seinen edelsten und tiefsten Lebensfragen widerstehen den künstlichen Versuchen schlecht informierter oder einseitig eingestellter Staatsmänner.

Die elektrische Kraftzeugung der Schweiz hat sich im ganzen von 1926 auf 1927 um 380 Millionen Kilowattstunden erhöht.

Auf den Inlandsverbrauch entfiel im Jahre 1926 2166, im Jahre 1927 2389 Millionen Kilowattstunden. Die Kraftexport hat die seit 1920 fast konstant ansteigende Richtung beibehalten. Er betrug 1926 854 Millionen Kilowattstunden gegen 877 Millionen im Jahre 1927. Die Steigerung des Inlandsverbrauchs, die sich im Jahre 1928 besonders deutlich auswirkt, ist als Symptom besseren Geschäftsganges zu werten.

Die deutschen und polnischen sozialistischen Erntearbeiter hatten in Belgien eine Konferenz, an der auch die Funktionäre der freigewerkschaftlichen deutschen Organisationen teilnahmen.

Die Konferenz befaßte sich mit dem gegen die deutsche Bevölkerung im Lehener Schlesien geübten Schulters. Die Abgeordneten beider Nationen erklärten, daß das Elternrecht unter allen Umständen gewahrt werden müsse, und daß sie in diesem Sinne bei der polnischen Regierung vorstellig werden würden.

Beschlüsse des englischen Bergarbeiterverbandes.

Die Jahreskonferenz des englischen Bergarbeiterverbandes hat mit 620 000 Stimmen gegen 8000 Stimmen die Entschliebung des Exekutivausschusses gebilligt, in der in scharfer Form die Forderung der Kommunisten und der Widerheit zurückgewiesen wird. Weiterhin wurde verlangt, daß der Verband seine Propaganda für die Nationalisierung der Bergwerke fortsetze, da diese Frage für die Renovation der Kohlenindustrie von weitestgehender Bedeutung sei.

Neuerstehende Begnadigung Niklins.

„Echo de Paris“ kündigt an, daß der Justizminister, nachdem nunmehr das Urteil gegen den Abgeordneten Dr. Niklin durch Verweisung der Revision rechtskräftig geworden ist, dem Präsidenten der Republik die Begnadigung Niklins vorschlagen wird.

Das Parteigericht über Lambach.

Das Parteigericht, das auf Antrag des deutschnationalen Landesvorstandes Hamburg über den Fall Lambach zu urteilen hatte, ist Donnerstagabend zu keiner Entscheidung gelangt und hat seine Beratungen auf Montag, den 28. Juli verschoben.

Dreizehn in der Rigaer Stadtverordnetenversammlung.

Vor Beginn der Stadtverordnetenversammlung in Riga überlegte der Nationalistenführer Oberleutnant a. D. Stapran den ehemaligen Innenminister Berg, da dieser es abgelehnt hatte, sich mit ihm wegen einer Beleidigung zu duellieren.

Verschiedenes

Die geretteten Teilnehmer der „Italia“-Expedition

werden nun auf Anordnung Mussolinis nach Italien zurückgeführt. Auch die schwedische Eisbergexpedition wird zurückgerufen, weil sie für die weiteren Nachforschungen nach Amundsen und die Alessandri-Gruppe nicht mehr erforderlich ist. Aber die Katastrophe der „Italia“ wird eine Untersuchung von norwegischer Seite aus (Norwegen hat die Souveränität über Spitzbergen) nicht stattfinden. Die Nachforschungen des Eisbergexpeditioners „Malgain“ nach Amundsen sind bisher ergebnislos verlaufen. Der Eisberg wird sich nunmehr zur Auffüllung seiner Kohlenvorräte nach Arhangelsk begeben. Der russische Eisbergexpedition „Krasna“ ist in Kingsbay eingetroffen. Die Überlebenden der „Italia“, die alle wohl aussehen, mit Ausnahme Marianos, dem ein Fuß abgenommen worden ist, wurden von der Besatzung der „Citta di Milano“ mit lauten Hochrufen empfangen.

Löwensteins Leiche gefunden

Die Leiche des belgischen Finanzmanns Löwenstein wurde im Kanal gefunden und von einem Fischerboot nach Calais gebracht. Die Identität des von einem Fischerboot aus Boulogne gelandeten Leiche mit dem belgischen Bankier Löwenstein konnte durch die Armbanduhr des Bankiers festgestellt werden. Die Leiche wurde auf der Höhe Cap Grisnez, etwa 10 Meilen von der Küste entfernt, auf dem Wasser treibend aufgefunden. Die Leiche, die bereits stark in Verwesung übergegangen war, trug am Handgelenk eine Erkennungsmarke mit dem Namen und der Adresse Löwensteins.

Rheinbaben, Nachus Freiherr von: Liberale Politik im neuen Reich.

Wissen und Werten, Band 55 (Politische Sonderreihe Band 3). Karlsruhe 1928. Verlag G. Braun. IV, 65 S. Preis brosch. 2 RM, Halb. 2,50 RM. Inhalt: Liberalismus und Staatsform — Parteibildung des Liberalismus — Wirtschaftspolitik — Sozialpolitik — Schulgesetzgebung — Auswärtige Politik. Der Verfasser zeigt in seiner Schrift den geistigen Einfluß des Liberalismus in der Politik der deutschen Republik auf. Er geht dabei vom politisch-philosophischen Standpunkte aus und vermeidet die Parteipolitik, die höchstens insofern berührt wird, als Rheinbaben die geistige Brücke den verschiedenen Gruppen des deutschen Liberalismus zu schlagen versucht. Das Buch wird einen besonderen Wert für alle diejenigen haben, die nach geistigem Versehen der gegenwärtigen deutschen Politik als einer Brücke von der Vergangenheit zur Zukunft streben.

Badischer Teil

Der Bericht des Badenwerks 1927/28

Der Vorstand der Badischen Landesenergieversorgung Aktiengesellschaft (Badenwerk) Karlsruhe führt über seinen Bericht über das Geschäftsjahr 1927/28 aus:

Die bereits im vorjährigen Bericht erwähnte Gestaltung der Absatzverhältnisse zu Anfang des jetzt abgeschlossenen 7. Berichtsjahres hat sich dank der anhaltenden Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage im ganzen Geschäftsjahr günstig ausgewirkt. Der Anschlußwert stieg um 6945 Kilowatt auf insgesamt 126 236 Kilowatt. Die Anzahl der angeschlossenen Gemeinden erhöhte sich von 540 auf 547; sie umfaßten 870 925 Einwohner mit 85 875 Haushaltungen, 73 750 Haushaltungen hiervon, das sind 87,9 Prozent, waren angeschlossen. Es sind nunmehr sämtliche in unserem Versorgungsgebiet liegenden Gemeinden mit Elektrizität versorgt, wodurch jedem Anwesen Gelegenheit geboten ist, sich einer äußerst wirtschaftlichen, bequemen und hygienischen Licht-, Kraft- und Wärmequelle zu bedienen.

Kuhkraft abgegeben wurden im ganzen Versorgungsgebiet: 234 889 235 Kilowattstunden (168 176 600 im Vorjahr), wovon 225 087 022 Kilowattstunden (69 930 587) auf Kraft und 9 802 213 Kilowattstunden (8 246 013) auf Licht entfallen. Die Steigerung der Abgabe war einerseits durch eine Zunahme des Bedarfs im eigenen Versorgungsgebiet gegenüber dem Vorjahr um 17 Prozent, andererseits durch die Mehrabgabe an Strom an benachbarte Werke, die infolge der besonders günstigen Wasserstromverhältnisse in den Sommermonaten möglich war. Die Stromerzeugung im Murg- und Schwarzenbachwerk z. B. lag 26 Prozent über dem Durchschnittswert. Im neuen Geschäftsjahr zeigt der Strombedarf eine weitere nennenswerte Zunahme.

Die Anlage des Schwarzenbachwerkes, welches das erste volle Betriebsjahr nach vollständiger Fertigstellung aufzuweisen hat, haben in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht die Erwartungen enttäuscht.

Ende 1927 konnte der im vorausgegangenen Geschäftsjahr in Angriff genommene Neubau unseres Schalthauses Rheinau den Betrieb aufnehmen.

Im August 1927 setzte unsere Stromlieferung an die Kraftübertragungswerke A.-G. Rheinfelden über die Transformatorstation der Schweizerischen Kraftübertragungswerke in Laufenburg ein.

Mit den Redarwerken Ehlingen und der Stadt Stuttgart wurde ein Stromlieferungsvertrag abgeschlossen, demzufolge mit der Errichtung einer 100 000 Volt-Leitung bis zur badisch-württembergischen Landesgrenze begonnen wurde. Ein weiterer Stromlieferungsvertrag konnte Ende Dezember d. J. mit der Stadt Freiburg i. Br. getätigt werden.

Die Vorteile unseres Kleinabnehmertarifes haben sich für die Abnehmer infolge ausgiebiger Verwendung der Elektrizität im Haushalt und der Landwirtschaft und der dadurch bedingten besseren Ausnutzung ihrer Anlagen günstig ausgewirkt, so daß sich der Durchschnittsverkaufspreis beim Kleinverbraucher weiter auf 31,5 Pf. je Kilowattstunde ermäßigte.

Zur Unterstützung dieser Entwicklung, von der allein die erwünschte weitere Herabsetzung der durchschnittlichen Gebührensätze erwartet werden kann, sind weitere geeignete Maßnahmen ergreifen.

Im übrigen wurde auch im abgelaufenen Geschäftsjahr auf eine feste Erhöhung der Betriebssicherheit der Anlagen und auf die äußerste Rationalisierung der Stromerzeugung und Fortleitung größte Sorgfalt verwendet.

Auf das Aktienkapital von 80 Millionen Schweizer Franken der im Oktober 1926 gegründeten Kraftwerk Rheingraben A.-G. in Rheinfelden, an dem wir uns bekanntlich mit 25 Prozent = 7,5 Millionen Schweizer Franken beteiligten, sind von uns im Laufe des Geschäftsjahres weitere 20 Prozent = 1,5 Millionen Schweizer Franken einbezahlt worden, so daß unsere Gesamtanzahlung nunmehr am Ende des Berichtsjahres 40 Prozent unserer Beteiligung = 8 Millionen Schweizer Franken betrug.

Der im vorjährigen Bericht erwähnte, mit dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk A.-G. in Essen abgeschlossene Stromausleihungsvertrag hatte zu Anfang des abgelaufenen Geschäftsjahres unsere Beteiligung an diesem Unternehmen zur Folge.

Die bei den Anleihen I (Murgwerk) und II (Schlußsee) I. Teil gegenüber dem Vorjahr eingetretene Änderungen sind auf die weitere Auszahlung von Spikensbeträgen und fällig gewordenen Tilgungsraten für die Handdarlehen dieser Anleihen zurückzuführen.

Von den auf 31. Dezember 1928 fälligen Obligationen der Anleihe II (Schlußsee) II. Teil sind weitere Stücke eingelöst worden.

Die infolge der erweiterten außergewöhnlich hohen Stromerzeugung erzielten Mehreinnahmen gestatteten uns die Ausbuchung des restlichen Disagiobetrages aus Darlehen zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung.

Den nach Vornahme der erforderlichen Rücklagen für Erneuerung und Erhaltung der Anlagen verbleibenden Reingewinn schlagen wir vor, wie folgt zu verteilen: Gefühlsfähige Rücklage in den Reservefonds 104 996 RM, Spross. Gewinnanteil aus 21 000 000 RM 1 890 000 RM, Zuweisung an den Wohlfahrtsfonds 100 000 RM, Vortrag auf neue Rechnung 4 921,19 RM, zusammen 2 099 917,19 RM.

Die Ehrungen durch die Technische Hochschule Karlsruhe

Direktor und Senat der hiesigen Technischen Hochschule Karlsruhe haben die Würde eines Dr.-Ing. ehrenhalber verliehen, 1. auf einstimmigen Antrag der Abt. für Chemie Herrn Otto Leers, Minister des Kultus und Unterrichts, Karlsruhe, als dem Sachverwalter der Hochschulanlagenarbeiten bei der badischen Regierung in Anerkennung seiner Fürsorge für Forschung und Unterricht an der „Federiciana“; 2. auf einstimmigen Antrag der Abt. für Architektur Herrn Dr. jur. Julius Finter, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Karlsruhe, in Anerkennung seiner Verdienste um die Förderung von Technik und Kunst in der Landeshauptstadt Karlsruhe und um die Fürsorge für die sozialen Einrichtungen und die Pflege der Leibesübungen an der Technischen Hochschule; 3. auf einstimmigen Antrag der Abt. für Chemie Herrn Direktor Bruno Seeliger in Stuttgart, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Zuder A.-G. in Mannheim, in Anerkennung seiner außerordentlichen Verdienste um die technische und wirtschaftliche Entwicklung der deutschen Zuderindustrie.

Das Anhängen von Kindern an Wagen.

Das sechsjährige Söhnchen eines Schreiders von hier hängt sich gestern nachmittags an ein Pflasterfahrzeug einer hiesigen Brauerei, welches einen einachsigen Eisenhängewagen mitführte. Der Knabe fiel vom Wagen herunter und wurde von dem Anhänger überfahren und wurde schwer verletzt. Von dem Führer des Zubehörs ins Kinderkrankenhaus gebracht. Lebensgefahr besteht nicht.

Bürgermeister Menges freigesprochen

Bürgermeister Georg Menges von Gernsbach war durch eine anonyme Anzeige verschiedener Unregelmäßigkeiten während der Inflationszeit verdächtigt worden. In der Angelegenheit wurde, wie bereits ausführlich berichtet, am Donnerstag vor dem Karlsruher Schöffengericht verhandelt, wogegen neun Zeugen und zwei Sachverständige geladen waren. Das Gericht verurteilte nach kurzer Beratung das Urteil, das für den Bürgermeister auf Freispruch lautet. Das Gericht hält den Angeklagten in sämtlichen ihm zur Last gelegten Punkten für unschuldig. Die Kosten trägt die Staatskasse. Die Urteilsbegründung betont, daß Bürgermeister Menges durchaus korrekt gehandelt und stets das Interesse der Gemeinde Gernsbach im Auge gehabt habe.

Die Schweiz und der Rhein

Der Jahresbericht des schweizerischen Wasserwirtschaftsverbandes betont in bezug auf die Rheinschifffahrt, daß man sich durch das Reformjahr 1927 nicht darüber täuschen lassen dürfe, daß der Wasserstand eine ausschlaggebende Rolle spiele. Dieses Hindernis könne nur durch die baldige Ausführung der Regulierung des Rheins bis Rembs beseitigt werden. Die Rheiner Schwellen werde durch das im Bau befindliche Rember Kraftwerk überwunden. Die Weiterführung der Schifffahrt von Basel bis zum Bodensee hängt vom Bau weiterer Kraftwerke im Rhein und dieser wiederum von der Entwidlung des Energieabfases ab.

Lehrgänge für Jungbäuerinnen

An der landw. Kreis-Schule Eppingen werden schon während der drei letzten Jahre landwirtschaftliche Lehrgänge für Jungbäuerinnen mit steigendem Interesse der Bauernschaft abgehalten. Gemüsebau, Milchwirtschaft, Käseherstellung, Schweinefütterung und Geflügelhaltung bilden die Hauptunterrichtsfächer. Der zeitweilige Überfluß an Frischmilch, der in den gefährdeten „Sperrtagen“ sich auswirkt, zwingt den Landwirt zu einer anderweitigen bestmöglichen Verwertung dieses sehr edlen und wertvollsten seiner Wirtschaftserzeugnisse. Im Hinblick hierauf hat die Landwirtschaftsschule Eppingen einen Milchverwertungskurs abgehalten, in dem die Herstellung von Säu- und Sauermilchkäse eingehend und praktisch behandelt wurde. Der Landesverband der landw. Hausfrauenvereine Badens stellte die Wirtschaftslehlerin Fräulein Döpf zur Verfügung. Die Landwirtefrauen und Jungbäuerinnen — deren Zahl die Hundert weit überschritt — saßen vor ihren Augen und unter ihrer Mithilfe den gewürzreichen Schichtkäse, Liptauer, appetitliche Handkäse und vollwertige Mäntelkäse entstehen. In Erkenntnis der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit einer beruflichen Weiterbildung aber auch in Verfolgung hauswirtschaftlicher Interessen, wurde der Gedanke des beruflichen Zusammenschlusses der Landwirtefrauen begrüßt und in die Tat umgesetzt. Bürgermeister Wirth, Eppingen, sprach dem Leiter des Kurses, Landesökonomierat Mayer-Wilmann den Dank für diese Art von praktischer Aufklärung aus.

Die Tagung der Astronomen in Heidelberg

Zur 28. Tagung der Astronomischen Gesellschaft sind in Heidelberg etwa 180 Männer der Astronomie aus 23 Nationen eingetroffen. Die Gesellschaft steht unter dem Präsidium von Professor Strömberg (Kopenhagen), zweiter Vorsitzender ist Geh. Rat Wolf (Heidelberg). Schon beim Begrüßungsabend sah man die Autoritäten auf dem Gebiete der astronomischen Forschung; Gelehrte aus Greenwich, London, Cambridge, Johannesburg, Victoria (Kanada), New Haven usw. Zur Festhaltung am Mittwoch waren als Vertreter der badischen Regierung erschienen: Kultusminister Dr. Leers und Geh. Rat Schworer. Kultusminister Dr. Leers begrüßte die Versammlung der Astronomen auf badischem Landesboden, auf deutschem Gebiete und auch auf dem Gebiete der ältesten deutschen Universität. Oberbürgermeister Dr. Walz gab bekannt, daß die Stadt Heidelberg den Leiter der Königsplatzsterntarte, Geh. Rat Wolf, zum Ehrenbürger der Stadt ernannt habe.

Aus der Landeshauptstadt

Ein neuer Führer durch Karlsruhe.

Der Karlsruher Verkehrsverein hat seinen neuen Führer durch Karlsruhe in einer Auflage von 80 000 Stück herausgebracht. Die übersichtliche Einteilung des Prospektes: „Karlsruhe im Verkehr“, mit Erwähnung der Hauptverkehrsmitel und der Eisenbahn- und Flugverbindungen, Ratgeber für den Fremden“ mit allen wissenschaftlichen Angaben für Fremde wie für Einheimische, „Karlsruhe als Fremdenstadt“ usw., ein Hotelverzeichnis mit Preisangaben für Pensionen und Übernachtung, machen diesen neuen Prospekt in der Tat zu einem praktischen Führer. Reiches Bilderprogramm, vor allem Dingen typische Partien aus dem Stadtgarten, beleben den Text, der neben einer Aufzählung der sehenswürdigsten Gärten und Plätze einen kurzen Rundgang durch Karlsruhe sowie Vorschläge für Wanderungen in die nächste Umgebung enthält.

Burschenschaftler-Jubiläum.

Die älteste Burschenschaft an den Technischen Hochschulen des Reiches, die Karlsruher Teutonia, feiert Ende dieses Monats ihr 80jähriges Bestehen. Im großen Verbands der Deutschen Burschenschaft zählt die Karlsruher Teutonia zu den zehn ältesten bestehenden Burschenschaften. Neben diesen Urburschenschaften der Universität stand sie als einzige an der Technischen Hochschule beinahe 20 Jahre allein.

Weiternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe.

Das Hoch im Westen ist stationär und verhindert mit seinem noch immer bis nach Polen vorgeschobenen Hochdruckkeil Einfluß der nordeuropäischen Tiefdruckgebiete auf unsere Bitterung. Bei sonst wenig veränderlichem Bitterungscharakter wird die Trockenperiode daher fortbauern. — Voraussichtliche Bitterung für 21. Juli: Fortdauer der bestehenden Bitterung.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	20. Juli		19. Juli	
	Geld	Debit	Geld	Debit
Amsterdam 100 G.	168.43	168.77	168.46	168.80
Kopenhagen 100 Kr.	111.92	112.14	111.92	112.14
Italien 100 L.	21.93	21.97	21.935	22.975
London 1 Pf.	20.354	20.394	20.356	20.396
New York 1 D.	4.1855	4.1935	4.1845	4.1925
Paris 100 Fr.	16.38	16.42	16.385	16.425
Schwiz 100 Fr.	80.59	80.75	80.58	80.74
Wien 100 Schilling	59.03	59.15	59.01	59.13
Brag 100 Kr.	12.404	12.424	12.401	12.421

Tagung der deutschen öffentlichen Feuer- versicherungsanstalten

Die diesjährige 68. Hauptversammlung der Vereinigung und zugleich die 63. des Verbandes öffentlicher Feuerversicherungsanstalten fand im Bezirk der Pommerschen Feuerzofizität und zwar in Straßund und in Binz a. Rügen in Anwesenheit zahlreicher Vertreter der zentralen und lokalen Regierungs- und Verwaltungsstellen statt. Die beiden Spitzenverbände umfassen die Gesamtheit der in den einzelnen Ländern und Landesstellen auf landesrechtlicher Grundlage tätigen gemeinnützigen öffentlichen Feuerversicherungsanstalten. Die geschäftsführende Stelle der Spitzenorganisationen der öffentlichen Feuerversicherungsanstalten ist der gemäß § 14 des Reichsfeuerzofizialgesetzes, betreffend die öffentlichen Feuerversicherungsanstalten in Deutschland vom 26. Juli 1910 als öffentlich-rechtliche Körperschaft bestehende Verband öffentlicher Feuerversicherungsanstalten in Deutschland in Berlin-Dahlem, Kaiserwerther Straße 16/18. Beide Versammlungen erledigten umfangreiche Tagesordnungen geschäftlicher Angelegenheiten. Auf der Vereinigungstagung wurde ein ausführlicher Bericht über das verlossene Geschäftsjahr besprochen, in dem die zahlreichen wirtschafts- und geschäftspolitischen Fragen sowie die verschiedenen Fragen der Versicherungstechnik und der Brandverhütung, mit denen sich die öffentlichen Feuerversicherungsanstalten im Berichtsjahr zu befassen hatten, berührt wurden.

Aus dem Bericht ist der Aufschluß über die günstige Entwicklung der öffentlichen Feuerversicherungsanstalten hervorzuheben. Der Gesamtbestand der 38 reichsdeutschen Anstalten ist danach seit Ende 1924 (196,3 Milliarden Reichsmark) um über 30 Proz. auf fast 180 Milliarden Reichsmark gestiegen und hat sich mithin gegenüber dem Bestande zu Beginn des Weltkrieges Ende 1913 (82,3) mehr als verdoppelt. Die Gesamtbeitragsentnahmen der Anstalt sind von 164 Millionen Reichsmark im Jahre 1926 auf fast 180 Millionen Reichsmark im Jahre 1927 gestiegen. Eine wesentliche Besserung im Schadensverlauf konnte im letzten Jahre gegenüber den Vorjahren nicht festgestellt werden. Der Schadensbedarf betrug nach den vorläufigen Feststellungen im Jahre 1927 insgesamt über 97 Millionen Reichsmark. Die letzten Jahre haben den öffentlichen Feuerversicherungsanstalten eine weitere Stärkung ihrer durch die Entwertung verlorenen Notridlagen ermöglicht. Einige Anstalten konnten sogar zu einer nicht unwesentlichen Ermäßigung der Beitragsätze übergehen, eine Maßnahme, wie sie den Grundsätzen der deutschen öffentlichen Feuerversicherungsanstalten entspricht, die ihre für sonstige Zwecke nicht erforderlichen Überschüsse ihren Versicherungsnehmern wieder zugute bringen.

Daneben konnten die öffentlichen Feuerversicherungsanstalten entsprechend ihren gesetzlichen Verpflichtungen auch in den letzten Jahren für gemeinnützige Zwecke, insbesondere für den vorbeugenden Brandschutz und die Verbesserung des Feuerlöschwesens wieder erhebliche Beträge aufwenden. Der Gesamtbetrag der Aufwendungen für diese Zwecke, der für 1924 4,2, 1925 6,0 Millionen Reichsmark betrug, hat sich im Jahre 1926 bereits auf 7,3 Millionen Reichsmark gesteigert. Für 1927 liegen die endgültigen Feststellungen noch nicht vor. Diese fortlaufende Steigerung der Ausgaben dürfte ein hinreichender Beweis sein für die hervorragende Wirksamkeit der öffentlichen Feuerversicherungsanstalten im Belange der Allgemeinheit.

Auch das Verständigungsabkommen zwischen den Verbänden der öffentlich-rechtlichen und privaten Versicherer vom 30. Juni 1927 und seine in der Praxis festgestellten in der Hauptsache befriedigenden Auswirkungen war Gegenstand der

Erörterung. Von den verschiedenen Vorträgen, die im Rahmen dieser Veranstaltung gehalten wurden, sei hier besonders erwähnt der Vortrag des Direktors der Hamburger Feuerkasse, Professor Dr. Riebesell, der in interessanter Weise das Thema „Konjunktur und Feuerfchaden“ behandelte.

Neben den satzungsgemäß vorgesehenen ordentlichen Jahreshauptversammlungen des Verbandes und der Vereinigung fand auch gleichzeitig die Hauptversammlung des von einer Reihe von Anstalten zum gemeinsamen Betrieb der Hagelversicherung gebildeten Öffentlichen Hagelversicherungsverbandes statt, während der für die gemeinsame Rückversicherung der öffentlichen Feuerversicherungsanstalten geschaffene Deutscher gemeinnütziger Rückversicherungsverband A. G. bereits kurz vorher in Bamberg seine satzungsgemäße Jahreshauptversammlung abgehalten hatte.

Gemeinde-Rundschau

Wiederwahl der Karlsruher Bürgermeister

Die am Donnerstagabend durch den Bürgerausschuß Karlsruhe vorgenommene Neuwahl des Oberbürgermeisters und der Bürgermeister, die wegen des Ablaufs der Mandate der bisherigen Amtsinhaber im September bzw. Oktober d. J. erforderlich geworden war, ergab mit großer Mehrheit die Wiederwahl der bisherigen Bürgermeister. Abgegeben wurden 101 Stimmen, davon entfielen auf den bisherigen Oberbürgermeister Dr. Finke 88, (auf den Kommunisten Vot 5, 3 ungültig), auf den bisherigen 1. Bürgermeister Sauer 89 (der Kommunisten Riebing erhielt 5 Stimmen, 5 Zettel waren weiß und zwei gespült). Auf den bisherigen stellvertretenden Bürgermeister Kleinschmidt 87 (der Kommunisten Heymann erhielt 5 Stimmen, 9 waren ungültig) und auf den bisherigen stellvertretenden Bürgermeister Schneider 90 Stimmen (5 auf den Kommunisten Leichter, 6 Zettel waren weiß, 3 ungültig).

Der Verkehrsverband für die Kraichgaubahn hielt in Bretten im Rathaus seine Vollversammlung ab, welcher neben Vertretern des Bezirksamtes und der Handelskammer Karlsruhe, sowie der Verkehrsvereine Karlsruhe und Bruchsal, die Bürgermeister und Schultheiße, der an der Kraichgaubahn interessierten Gemeinden, beimohnten. Der Vorsitzende Landrat Dr. Pfister unterstrich in seiner Begrüßungsansprache das Bestreben, den Verkehr auf der Kraichgaubahn wieder auf den Stand der Vorkriegszeit zu bringen, im Hinblick auf ihre Bedeutung als kürzeste Verbindung von der Landeshauptstadt nach Nordostdeutschland und insbesondere Nordbayeren. In erster Linie wird ein beschleunigter Personenzug Heilbronn-Karlsruhe angeregt, der eine Nachmittagsverbindung Nürnberg-Basel ermöglicht. Als Gegenzug wird ein Sülz Karlsruhe-Heilbronn erbeten mit Fortsetzung nach Crailsheim-Nürnberg, wobei man auch an eine bequeme Abendverbindung Karlsruhe-Heilbronn denke. Der um den Verkehrsverband hochverdiente Regierungsrat Dr. Gännenwein, schäuferte kurz die bisher erzielten Erfolge und die Fahrpläne für die Zukunft. Die Abfassung einer Geschichte der Kraichgaubahn, deren 50. Geburtstag am 1. September, wurde dem Regierungsrat Dr. Gännenwein übertragen. Landrat Dr. Pfister nahm nach seiner nunmehr erfolgten Ernennung zum Polizeidirektor in Forstheim Abschied von seiner lieb gewonnenen Tätigkeit im Kraichgauverkehrsverband, nachdem aus der Mitte der Versammlung ihm herzlich Dank ausgesprochen wurde. Zu seinem Nachfolger wurde durch Zuzuf der neue Landrat Dr. Groß gewählt.

Kurze Nachrichten aus Baden

W. Mannheim, 19. Juli. Auf die durch das Ableben Prof. Dr. Lessers freigewordene Stelle des Laboratoriumsvorstandes der hiesigen Krankenanstalten wurde der Direktor des Pharmakologischen Instituts der Universität Dorpat, Dr. Siegfried Loewe, berufen. Prof. Loewe hat den Ruf angenommen und wird die Leitung des Instituts am 1. Oktober übernehmen.

Bad. Baden-Baden, 19. Juli. Am 22. Juli wird die Linie Baden-Baden-Gallenbach-Steinbach-Neuweiher-Eifental-Bühl in Betrieb genommen, die den Weltkurort mit den bekannten wein- und obstbautreibenden Ortschaften verbindet. Eine zweite Linie wird von Baden-Baden über die als Sommerfrische beliebten Orte Ebersteinburg und Selbach nach dem durch seine großen industriellen Betriebe bekannten Gaggenau führen, wo sie Anschluß an die kürzlich bis Freudenstadt verlängerte Murgalbahn findet. Der Tag der Eröffnung steht noch nicht fest. Die Durchführung der beiden Verbindungen war erst nach Vornahme kostspieliger Baugebauten möglich, die von den beteiligten Gemeinden aufgebracht wurden.

W. Baden-Baden, 20. Juli. Bei dem schweren Gewitter am Montag schlug der Blitz auf dem schwarzen Gornishof in eine Schafherde. 17 Schafe wurden getötet und 5 gelähmt. Auch ein beladener Heuwagen wurde in Brand gesetzt. Der Schaden beläuft sich auf etwa 1800 M.

W. Baden, 20. Juli. Der sich in Einzelhaft im französischen Militärgefängnis in Landau befindliche Polizeikommissar Bauer aus Zweibrücken ist nunmehr vom französischen Untersuchungsrichter vernommen worden. Den deutschen Stellen ist eine Mitteilung über die Anschuldigung bis zur Stunde noch nicht zugegangen. Man sieht von französischer Seite eine beschleunigte Führung des Verfahrens aus Rücksichtnahme auf das hohe Alter des Verhafteten zu. Man neigt zur Annahme, daß man Bauer nicht im ordentlichen Verfahren vor das französische Kriegsgericht stellen, sondern seine Ausweisung bewirken wird.

Staatsanzeiger

Der Stadtgemeinde in Rastatt wird die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Schlotterie erteilt.

Karlsruhe, den 18. Juli 1928.
Der Minister des Innern
J. A.: Föhrerbach

Den Hauslehrern für katholische Kaufleute und Studenten e. B. in München wurde die Erlaubnis zum Losbetrieb in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 18. Juli 1928.
Der Minister des Innern
J. A.: Föhrerbach

Bekanntmachung.

Lehrkräfte im Aufbesohlag an den staatlichen Hofbesohlagsschulen. Der nächste Lehrkurs an den staatlichen Hofbesohlagsschulen wird am Montag, den 3. September 1928, beginnen. Gesuche um Aufnahme sind alsbald an den Vorstand derjenigen Schule zu richten, welche der Gesuchsteller besuchen will. Auskunft über die Aufnahmebedingungen, über die Kosten des Unterrichts und über den Lehrplan erteilen auf Anfrage die Bezirksamter.

Karlsruhe, den 18. Juli 1928.
Der Minister des Innern
J. A.: Dr. A. Jung

Haupt- und Schluß-Ziehung
der
Preußisch-Süddeutschen Klassen-Lotterie
vom 8. August bis 11. September
(Schluß der Erneuerung der alten Lose
1. August 1928)

Kauflose:	1/10	1/4	1/2	1/1	Los
	15	30	60	120	RM

GOLDFARB
Badischer Lotterie-Einnehmer
Kaiserstraße 181, Ecke Herrenstraße
Postscheckkonto: Karlsruhe 19705

G. BRAUN
(vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag)
G. m. b. H.
KARLSRUHE
Karl - Friedrich - Straße 14

fertigt Drucksachen aller Art
für Industrie, Handel, Behörden
und Private

Kurze Lieferfristen
Preise mäßig

Hochbauarbeiten zum Innenausbau des Aufnahmegebäudes und des Abort- und Hauswirtschaftsgebäudes im Bahnhof Alha nach der Verdingungsordnung für Bauleistungen Ausgabe 1926 öffentlich zu vergeben: Glasarbeiten, Fußbodenbeläge u. Wandplattenbelagungen mit Fliesen, Asphaltparquetboden, Schreiner-, Schlosser-, Maler- und Lüncher- und Tapezierarbeiten. Zeichnungen und Bedingungen beim Reichsbahnbauamt Freiburg, Wilhelmstr. 45, II. Stod, Zimmer Nr. 14, zur Einsicht, dort auch Abgabe der Leistungsverzeich-

nisse, solange Vorrat reicht. Angebote mit entsprechender Aufschrift, postfrei, bis 30. Juli 1928, 16 Uhr, bei mir einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen.
Freiburg, 14. Juli 1928.
Reichsbahnbauamt.

Achern. N. 444
Güterrechtsregisteramt,
Band II, Seite 665. Ost,
Josef, Landwirt in Ober-
schbach, und Magdalena,
geb. Burkard ebenda. Ver-
trag vom 3. Juli 1928.
Gütertrennung.
Achern, den 17. Juli 1928.
Bad. Amtsgericht.

Zu vermieten
einkl. sofort beziehungbar!
Am Rodensee, Untersee,
nahe der Schweizer Grenze,
ist in neuerbauter Villa
im 2. Stod eine schöne
Dreizimmerwohnung mit Bal-
kon und Küche, mit un-
widerbarer Aussicht auf See
und Umgebung, an kleine
Familie zu vermieten. Die-
selbe würde sich einkl. auch
als Sommerfrische oder für
pens. Beamte eignen. An-
fragen sind zu richten unt.
N. 780 an die Expedition
der Karlsruher Zeitung.

Gemeindesparkasse Eppelheim (Öffentliche Sparkasse).

Bilanz per 31. Dezember 1927.

Aktiva.	RM	Passiva.	RM
Verwaltungsgebäude	13 224,55	Spareinlagen	164 466,29
Sonstige Grundstücke	6 000,—	Depositeinlagen	159 690,93
Darlehen gegen Hypothek	95 298,49	Giro- und Kontokorrent-	
Betriebskapital bei der Giro-		einlagen	54 461,59
zentrale Mannheim	16 000,—	Anlehenskapitalien	285 369,18
Schuldenscheindarlehen gegen		Ausgabenrückstände:	
Bürgerschaft	132 699,72	Rechn.-Abt. I	2 566,23
Beckfeldarlehen	9 113,—	Rechn.-Abt. II	5 437,80
Darlehen in laufender		Rechn.-Abt. III	49,20
Rechnung:		Rücklagen aus früheren	
a) Banken, Girozentrale		Jahren	15 446,96
und Postfachamt	25 597,10	Reingewinn per 31. 12. 27	7 778,56
b) an Private	365 193,13		
Forderungen aus Auf-			
wertung	10 889,62		
Forderungen an die Bür-			
gende Gemeinde	4 537,51		
Kassenbestand	1 809,32		
Gerätschaften	4 160,—		
Einnahmerückstände:			
Rechn.-Abt. I	2 761,86		
Rechn.-Abt. II	4 723,25		
Rechn.-Abt. III	3 259,19		
	695 266,74		695 266,74

Eppelheim, den 18. Juli 1928.

Der Verwaltungsrat:
Jäger, Vorsitzender.

N. 443
Der Geschäftsführer:
Kriegler, Rechner.

Spar- und Waisenkasse des Amtsbezirks Neustadt i. Schw. (Öffentliche Verbandsparkasse)

Bilanz auf 31. Dezember 1927.

Vermögen.	RM	Verbindlichkeiten.	RM
1. Kassenbestand	9 334,74	1. Spareinlagen	1 439 611,93
2. Guthaben bei Banken,		2. Giroeinlagen	208 415,61
Girozentrale und Post-		3. Kontokorrenteinlagen	28 149,20
scheidamt	56 705,58	4. Anlehenskapitalien	666 968,61
3. Wertpapiere	289,88	5. Rücklagen:	
4. Wechsel	10 461,89	a) gesetzl. Reservefonds	55 174,85
5. Darlehen a. Hypotheken	1 793 023,95	b) Spezialreserve	3 606,65
6. Darlehen in laufender		c) Aufwertungsstock	186 731,32
Rechnung an Private	340 825,93	6. Reingewinn vom Jahr	
7. Darlehen a. Schuldschein	66 836,91	1927	30 423,25
8. Darlehen an Gemeinden	296 199,50		
9. Bombarddarlehen	8 311,66		
10. Einnahmerückstände	37 089,29		
11. Verwaltungsgebäude	1,—		
12. Inventar	1,—		
	2 619 081,42		2 619 081,42

Berechnung der Rücklage.

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5 % aus 1 676 176,74 RM 83 808,80 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1937 89 204,75
Somit mehr 5 395,95 RM

Neustadt i. Schw., den 3. Juli 1928.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
Pfister, Bürgermeister.

N. 448
Der Geschäftsführer:
Degen.

Druck G. Braun, Karlsruhe

Ludwig Schweigut
Karlsruhe i. B.
Erbsengasse 4
beim Rindfleisch

Flügel
Pianos 724
Harmoniums

Nur beste Fabrikate
Sehr mäßige Preise
Umtausch alter Klaviere

Leser Bücher
Wissen ist Macht!

N. 445. Sinsheim/Elsenz.
Konkursöffnung über das
Vermögen des Uhrmacher-
meisters Oskar Schid in
Sinsheim, Inhabers der
Firma E. Schid in Sins-
heim, am 17. Juli 1928, nach-
mittags 1/2, 6 Uhr. Konkurs-
verwalter Kaufmann Oskar
Leichtmann in Heidelberg.
Kronprinzenstraße 32. An-
meldebtermin 6. August 1928.
1. Gläubigerversammlung
und allgemeiner Prüfungs-
termin am Montag, den
20. August 1928, vormittags
10 1/2 Uhr. Amtsgericht.